

## Die Hausfrau und der Krieg.

Vier Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen.

Zur Erörterung von schwierigen Fragen fanden sich gestern auf Einladung der Frau Marianne Hainisch für den „Bund österreichischer Frauenvereine“ vier Referentinnen verschiedener Frauenorganisationen ein, die ein zahlreich erschienenenes Frauenpublikum über die Wichtigkeit aufklärten, die ein Zusammenschluss speziell in den Approbationierungsfragen für die Allgemeinheit bedeutet. Marianne Hainisch begrüßte die Versammlung und betonte, daß die behördliche Beschlagnahme der Getreidevorräte verlangt, daß Spekulationen auf diesem Gebiete entschieden hintangehalten werden müssen. Das, was wir besitzen, muß redlich aufgeteilt werden. Frau Hainisch schlug vor, daß bei Abgabe von Mehl kein Mischmehl verkauft werde, sondern zu je 1 Kilogramm Weizenmehl 2, ja sogar 3 Kilogramm schwarzes Mehl abgegeben werden sollen, aber jede Mehlsart müsse allein, nicht bereits gemischt verabsolgt werden. Wir fordern, schloß die Rednerin, den Wechselverkehr zwischen Stadt und Land, der in Friedenszeiten stattfand.

Gräfin Walterskirchen von der katholischen Frauenorganisation besprach die Eierfrage und wies darauf hin, daß es allerhöchste Zeit sei, die Preistreiberereien durch richtige Verteilung der Vorräte hintanzuhalten. Gräfin Walterskirchen schlug vor, die aus Istrien und Friaul stammenden Flüchtlinge zur Arbeit heranzuziehen, da Arbeitermangel bei vielen Preistreiberereien vorgeschoben wurde. Deutschland hat das reiche Abgabeland Belgien, aber mit Oesterreich kann da gar kein Vergleich gezogen werden. Dort kostet ein halbes Kilogramm Reis 35 Pfennige und ein halbes Kilogramm Fleisch 1 Mark 60 Pfennige! Diese Ziffern sprechen allein.

Nun ergriff Frau Emma Freundlich von der sozialdemokratischen Frauenorganisation das Wort. Der Krebschaden, meinte die Rednerin, ist bei uns darin zu suchen, daß wir kein Parlament haben, wir haben keines, so müssen wir uns eines konstituieren. Die Politik kommt zu uns Frauen, wir müssen also gerade hier helfend und beratend eingreifen. Da Deutschland und Oesterreich vom internationalen Handel isoliert sind, so muß gelernt werden, hauszuhalten. Da man von Deutschland leider nichts kopieren wollte, haben gewisse Kreise nicht sobald kapieret, und obwohl Deutschland und Oesterreich in wunderbarer Nibelungentreue vereint sind, gemeinsam kämpfen und sterben, haben wir leider nicht gelernt, gemeinsam zu leben! Die Rednerin wies darauf hin, daß man bei uns bereits vorigen August das Getreidemonopol verlangte, und heute, ein Jahr später, bloß die vage Hoffnung besteht, daß dies durchgeführt werde.

Die neue Ernte muß das Eigentum des österreichischen Staates sein, die Regierung muß uns Konsumenten, nicht die Agrarier und die Händler hören. Das Ausnützen der Lebensmittelnöte ist Wucher! Und bei der Regierung liegt die Entscheidung, ob sie diese Preise gestattet oder nicht!

Frau Bürgerschuldirektorin Schwarz sprach über die Notwendigkeit, Milch für die Kinder in genügenden Mengen zu haben, um sie vor Krankheiten zu schützen. Sie haben schlechtes Brot, das sie nicht verdauen können, so müsse Milch genügend vorhanden sein, kurz die Milchbeschaffung muß geregelt werden.

Als letzte Referentin ergriff Frau Fanny Freund-Markus, die Präsidentin der „Kohö“ das Wort. Alle Vertreterinnen der Organisationen verlangen von der Regierung, jagte die Rednerin, die Sicherstellung unserer Lebensmittelversorgung. Die Monopolisierung aller Lebensmittel ist aber leider zu spät. Eine der wichtigsten Fragen ist die Milchbeschaffung, wie Frau Bürgerschuldirektorin Schwarz so richtig bemerkte. Sie ahnen es nicht, was wir von Ihnen in die verschiedenen Kommissionen entsandten mitmachen. Wir rennen gegen Mauern an, gegen geschlossene Produzentenkreise, die nur die Rentabilität der Lebensmittel berechnen. In Kriegszeit müssen sich aber Lebensmittel nicht rentieren! Gerade jetzt geht man daran, den Zucker zu verteuern. Bisher hat die Bevölkerung alles hingenommen, jetzt wird sie es nicht mehr, wenn die Regierung nicht ihre eiserne Hand auf alles legt und gleichmäßig und gerecht verteilt. Das Getreidemonopol muß durchgehakt werden. Wir müssen dem Grundsatz folgen: „Herein, was nur ins Land kommen kann“.

Daran schloß sich eine Diskussion, an der sich Kammerat Mendl beteiligte, der sich gegen das Getreidemonopol aussprach. Er wurde aber von allen Seiten überstimmt. Die Frauen verfaßten eine Resolution, in welcher sie an das Ministerium des Innern appellieren, das Getreidemonopol verlangen, die Regelung der Zucker- und Milchfrage sowie die Verwertung von Flüchtlingen der südlichen Länder in Betracht zu ziehen erbitten.